

Brensbacher Schlachthofanteile werden verkauft



© Manfred Giebenhain

Der Kreistag des Odenwalds beschließt den Verkauf der Schlachthofanteile in Brensbach für je einen Euro. Ein Investor will vier Millionen Euro investieren und Schulden tilgen.

Reichelsheim. Der Odenwälder Kreistag hat diese Woche erwartungsgemäß den Weg freigemacht für einen Neustart des Odenwald Schlachthofs in Brensbach. Der Schlusstrich unter die kommunale Beteiligung an der Odenwald Schlachthof Bauträger GmbH wurde mit den Stimmen aller Abgeordneten, mit Ausnahme der fünfköpfigen Grünen-Fraktion und einer fraktionslosen Abgeordneten der Linken, gezogen. Der Beschluss sieht vor, dass die Geschäftsanteile in Höhe von 38 Prozent zu einem Gegenwert von einem Euro pro Anteil einem Investor übertragen werden.

Nachbarkreis stimmt ebenfalls der Übertragung seiner Anteile zu

Hinzu kommen Anteile in derselben Höhe, die der Landkreis Darmstadt-Dieburg gehalten hat und bisher treuhänderisch auf Odenwälder Seite verwaltet wurden. Für die Abgabe seiner Anteile hatte der Kreistag im Nachbarlandkreis zur selben Stunde wie die Odenwälder Kollegen beraten und bei einer Enthaltung grünes Licht gegeben.

Auf Odenwälder Seite ging Landrat Frank Matiaske (SPD) davon aus, dass dieser gemeinsame Schritt auch im Interesse der Gläubiger des 2023 eröffneten Insolvenzverfahrens liegt. Betroffen war zuerst die Mieterin des 1995 eröffneten Schlachthofs, die privatwirtschaftlich betriebene Odenwald Schlachthof GmbH. Aufgrund der ausgebliebenen Pachtzahlungen war es nur eine Frage der Zeit, bis das Insolvenzverfahren auch für die Betreibergesellschaft eröffnet wurde. Am 17. August 2023 folgte dieser Schritt für die Bauträger GmbH, die zu diesem Zeitpunkt neben den beiden Landkreisen als Hauptanteilseigner der Immobilie rund vier Dutzend Gesellschafter zählte.

Der Insolvenzverwalter sah keine Möglichkeit, den Betrieb weiterzuführen. Fehl schlug auch das daraufhin erklärte Ziel, alle Anteile zu erwerben, um in Regie der beiden Landkreise einen Neustart zu wagen. Aus unterschiedlichen Gründen war ein Rest von sieben Anteilseignern nicht davon zu überzeugen, diesen Weg mitzugehen.

Wie Matiaske in der Sitzung mitteilte, war Anfang Oktober 2024 ein Übernahmeangebot für die beiden von den Landkreisen gehaltenen Geschäftsanteile eingegangen. Der Investor stellte in Aussicht, rund vier Millionen Euro in die Sanierung des maroden Gebäudes und Modernisierung der technischen Anlagen zu investieren. „Wir reden heute von einer Bauruine, in die so gut wie nie investiert wurde“, so Matiaske. Ohne Namen zu nennen, ergänzte er, zwei Investoren gefunden zu haben, die auch bereit seien, die Altschulden zu tilgen.

Landrat: Eine Chance auf Fortführung, keine Garantie

Matiaske fasste zusammen: „Wir reden von einer Chance, in Brensbach wieder schlachten zu können, aber keiner Garantie“. Bei Scheitern drohe die Zwangsversteigerung der Immobilie. Für die CDU-Fraktion ergänzte Kevin Schmauß, „ein konstruktives Gespräch mit den beiden Investoren geführt“ zu haben.

Grüne haben Zweifel

Kritischer schätzten die Grünen die Lage ein. Thomas Väth mahnte zur Vorsicht, angesichts des Schlachthofskandals von Aschaffenburg, der strafrechtliche Folgen wegen Verletzung des Tierschutzes nach sich gezogen habe, auf eine dort inzwischen tätig gewordene Person zu bauen.

Ferner sei zu bezweifeln, dass der Schlachthof kostendeckend betrieben werden könne. Väths Warnung davor, eine Entscheidung auf der Grundlage von „Desinformationen“ zu treffen, konnte die breite Mehrheit nicht überzeugen. Keine andere Fraktion wollte sich dem Vorschlag anschließen, zunächst den zuständigen Fachausschuss einzuberufen, um noch einmal ins Detail zu gehen.

Grundsätzliche Zustimmung signalisierte für die SPD, aus deren Reihen auch Enthaltungen kamen, Eva Heldmann. Die Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz betonte, dass die regionalen Bauern Hoffnungen auf den Brensbacher Schlachthof setzten. Mit Blick auf Fragen des Tierwohls verwies sie auf die Kontrollzuständigkeiten des Veterinäramts und des RP.

Günter Bardohl (ÜWG) hob für seine Fraktion ebenfalls die Bedeutung der Schlachtstätte hervor: „Wir wollen den Weiterbetrieb eines Schlachthofs in der Region.“ Nur so lasse sich die hiesige Landwirtschaft fördern getreu dem Motto „regional ist das neue Bio.“ Wenn die neuen Betreiber entsprechende Dienstleistungen anböten, werde sich dort wieder etwas entwickeln können.